

Industrieproduktion im April niedriger als im Vormonat

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im April 2018 leicht gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 0,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war die bereinigte Produktion im April rückläufig. In der Vorleistungsgüterindustrie verringerte sich der Güterausstoß um 2,3 Prozent. Die Investitionsgüterhersteller drosselten ebenfalls ihre Produktion (-1,9 Prozent). Lediglich die Konsumgüterproduzenten steigerten ihren Output um 7,9 Prozent.

In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes war die Ausbringung im April geringer als im März. In der Chemischen Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und in Rheinland-Pfalz die umsatzstärkste Industriebranche ist, lag der Güterausstoß 4,3 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die zweitgrößte Branche, produzierte 4,1 Prozent weniger als im Monat zuvor. Im Maschinenbau, der gemessen am Umsatz unter den Industriezweigen an dritter Stelle steht, schrumpfte der Output um 1,7 Prozent.

Trotz des Rückgangs gegenüber dem Vormonat lag die bereinigte Produk-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	April 2018		Jan. bis April 2018	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	März 2018	April 2017	Jan. bis April 2017	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-0,4 % ↓	16,0 % ↑	14,0 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-2,3 % ↓	0,9 % ↗	2,4 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	-1,9 % ↓	4,2 % ↑	6,2 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	7,9 % ↑	56,9 % ↑	51,2 % ↑	
Chemie	-4,3 % ↓	-3,0 % ↓	0,2 % ↗	
Fahrzeugbau	-4,1 % ↓	4,0 % ↑	5,2 % ↑	
Maschinenbau	-1,7 % ↓	3,8 % ↑	8,3 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	0,5 % ↗	6,9 % ↑	8,8 % ↑	
Inland	4,0 % ↑	7,5 % ↑	9,6 % ↑	
Ausland	-1,4 % ↓	6,6 % ↑	8,3 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,9 % ↗	5,6 % ↑	4,7 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	0,5 % ↗	6,0 % ↑	7,2 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	-3,1 % ↓	20,8 % ↑	24,0 % ↑	
Chemie	0,5 % ↗	5,0 % ↑	2,9 % ↑	
Fahrzeugbau	2,9 % ↑	6,1 % ↑	8,7 % ↑	
Maschinenbau	-3,5 % ↓	3,1 % ↑	3,8 % ↑	

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

tion der rheinland-pfälzischen Industrie im April 2018 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+16 Prozent). In allen drei industriellen Hauptgruppen war der Güterausstoß höher als ein Jahr zuvor. Besonders stark fiel der Zuwachs in der Konsumgüterindustrie aus, was allerdings mit einem Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterproduktion zusammenhängt. Von den drei größten Branchen steigerten zwei ihren Output; in der Chemischen Industrie war die Ausbringung rückläufig.

Industrie erhält im April mehr Aufträge

Die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie ist im April 2018 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsinde- x um 0,5 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Während die Nachfrage aus dem Inland mit +4 Prozent kräftig zulegte, gingen aus dem Ausland weniger Bestellungen ein als im März (-1,4 Prozent).

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war das Ordervolumen im April höher als im März. Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern stieg um 0,9 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie gingen 0,5 Prozent mehr Aufträge ein als im Vormonat. In der Konsumgüterindustrie waren die Bestellungen hingegen rückläufig (-3,1 Prozent).

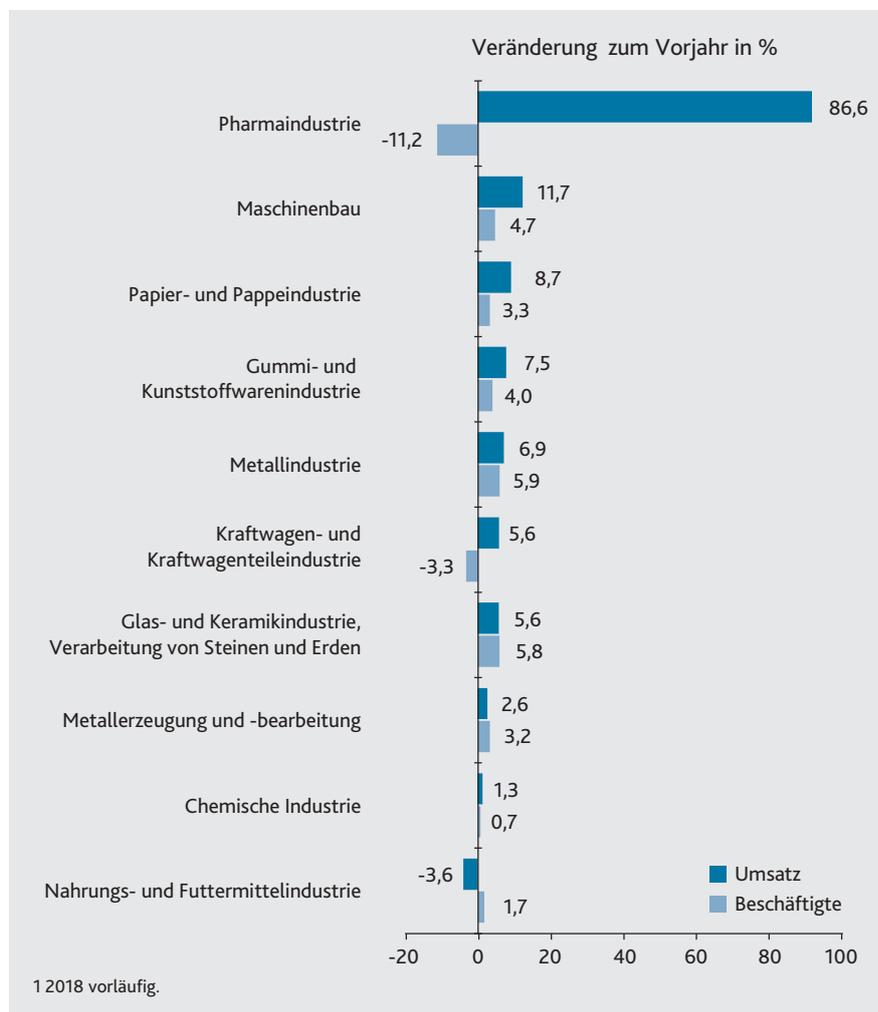
Das Ordervolumen lag in zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes über dem Niveau des Vormonats: In der Chemischen Industrie gingen 0,5 Prozent mehr Aufträge ein als im März. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verbuchten ebenfalls eine Nachfragesteigerung (+2,9 Prozent). Im Maschinenbau nahmen die bereinigten Auftragseingänge hingegen um 3,5 Prozent ab.

Die Bestellungen lagen im April 2018 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+6,9 Prozent). Sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft gab es Zuwächse (+7,5 bzw. +6,6 Prozent). Die Nachfragesteigerung betraf alle drei Hauptgruppen. Auch in den drei größten Branchen gingen mehr Aufträge ein als im April 2017.

Industrieumsätze von Januar bis April über dem Vorjahresniveau

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind kräftig gestiegen. Die Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis April 2018 Erlöse in Höhe von 33,5 Milliarden Euro; das waren 8,7 Prozent mehr als im

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis April 2018¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Vorjahreszeitraum (Deutschland: +4,5 Prozent).

Der Inlandsumsatz war um 5,9 Prozent und der Auslandsumsatz um elf Prozent höher als im Zeitraum von Januar bis April 2017 (Deutschland: +3,8 bzw. +5,3 Prozent). Auf das Auslandsgeschäft entfielen 58 Prozent der Erlöse (Deutschland: 50,6 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag damit 1,1 Prozentpunkte über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

In den rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen waren von Januar bis April 2018 im Durchschnitt 258 000 Personen tätig. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg die Beschäftigtenzahl um 2,1 Prozent (Deutschland: +2,6 Prozent). Das Arbeitsvolumen belief sich auf 132,7 Millionen Arbeitsstunden, was ein Plus von 0,6 Prozent bedeutet (Deutschland: +1,9 Prozent).

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse in

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	April 2018		Jan. bis April 2018
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	März 2018	April 2017	Jan. bis April 2017
Auftragseingang	-1,6 % ↓	-2,8 % ↓	1,1 % ↗
Hochbau insgesamt	1,1 % ↗	-5,3 % ↓	-0,5 % ↓
Wohnungsbau	0,9 % ↗	-13,5 % ↓	-10,8 % ↓
gewerblicher Hochbau	12,7 % ↑	-11,2 % ↓	-0,8 % ↓
öffentlicher Hochbau	-8,6 % ↓	39,3 % ↑	16,0 % ↑
Tiefbau insgesamt	-3,9 % ↓	-0,2 % ↓	2,6 % ↑
gewerblicher Tiefbau	35,9 % ↑	-16,7 % ↓	-29,5 % ↓
Straßenbau	-29,5 % ↓	5,7 % ↑	12,7 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-2,3 % ↓	-10,7 % ↓	21,9 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	4,8 % ↑	0,8 % ↗	3,9 % ↑
Hochbau insgesamt	8,2 % ↑	4,7 % ↑	5,1 % ↑
Wohnungsbau	3,7 % ↑	1,9 % ↗	9,2 % ↑
gewerblicher Hochbau	3,4 % ↑	-5,8 % ↓	-4,3 % ↓
öffentlicher Hochbau	27,8 % ↑	38,5 % ↑	22,0 % ↑
Tiefbau insgesamt	1,7 % ↗	-2,8 % ↓	2,6 % ↑
gewerblicher Tiefbau	4,1 % ↑	16,8 % ↑	15,9 % ↑
Straßenbau	-1,1 % ↓	-7,2 % ↓	1,0 % ↗
sonstiger öffentlicher Tiefbau	4,9 % ↑	-10,8 % ↓	-5,4 % ↓

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

den ersten vier Monaten 2018 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchte die Pharmaindustrie (+87 Prozent). Im Maschinenbau war die Zuwachsrate ebenfalls zweistellig. Nur die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln mussten Erlösrückgänge hinnehmen (-3,6 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Branchen waren in den ersten vier Monaten 2018 mehr Personen tätig als ein Jahr zuvor. Die größten Steigerungen verzeichneten die Hersteller von Metallerzeugnissen, die Hersteller von Glas und Glaswaren und der Maschinenbau. In der Pharmaindustrie und bei den Herstellern von

Kraftwagen und Kraftwagenteilen war die Beschäftigung rückläufig.

Höhere Umsätze, weniger Aufträge im Bauhauptgewerbe im April

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im April 2018 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge sanken im Vergleich zum März 2018 – kalender- und saisonbereinigt – um 1,6 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich dagegen um 4,8 Prozent. Gegenüber den ersten vier Monaten 2017 nahm das Ordervolumen um 1,1 Prozent zu, der Umsatz stieg um 3,9 Prozent.

Im Vergleich zum März 2018 ging die Nachfrage nach Bauleistungen im

Tiefbau um 3,9 Prozent zurück. Im Hochbau übertrafen die bereinigten Auftragseingänge dagegen das Vormonatsergebnis leicht um 1,1 Prozent. Die stärksten Auftragseinbußen gab es im Straßenbau (-30 Prozent). Rückgänge errechnen sich außerdem für den öffentlichen Hochbau sowie für den sonstigen öffentlichen Tiefbau (-8,6 bzw. -2,3 Prozent). Kräftige Auftragszuwächse verzeichneten der gewerbliche Tiefbau sowie der gewerbliche Hochbau (+36 bzw. +13 Prozent). Gegenüber den ersten vier Monaten 2017 wurden im Tiefbau Auftragszuwächse registriert (+2,6 Prozent), das Ordervolumen im Hochbau ging dagegen leicht zurück (-0,5 Prozent).

Im Vergleich zum März 2018 erhöhten sich die bereinigten Erlöse sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (+8,2 bzw. +1,7 Prozent). Mit Ausnahme des Straßenbaus (-1,1 Prozent) zogen die Umsätze in allen Baubereichen an. Die stärkste Verbesserung gab es im öffentlichen Hochbau (+28 Prozent). Der sonstige öffentliche Tiefbau sowie der gewerbliche Tiefbau übertrafen den Vormonatsumsatz ebenfalls deutlich (+4,9 bzw. +4,1 Prozent). Gegenüber den ersten vier Monaten 2017 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (+5,1 bzw. +2,6 Prozent).

Zahl der fertiggestellten Neubauwohnungen steigt 2017 leicht an

Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz nach den Meldungen der Bauaufsichtsbehörden 5 894 neue Wohngebäude fertiggestellt. In diesen Gebäuden entstanden insgesamt

Errichtung neuer Wohnungen 1997–2017 nach Zahl der Wohnungen im Gebäude



10 656 neue Wohnungen. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Anzahl der fertiggestellten Wohngebäude damit um 0,7 Prozent zurück, während die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen um 2,5 Prozent anstieg.

Das Gros der neu gebauten Wohngebäude waren Einfamilienhäuser; 4 720 Gebäude bzw. 81 Prozent aller Gebäude zählten hierzu. Daneben wurden 610 Zweifamilienhäuser und 564 Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen (einschließlich Wohnheimen) errichtet.

Die fertiggestellten Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen beinhalteten insgesamt 4 716 Wohnungen. Dies sind gut 44 Prozent aller neuen Wohnungen. Weitere 44 Prozent der neuen Wohnungen befinden sich in Einfamilienhäusern und die restlichen knapp zwölf Prozent in Zweifamilienhäusern.

Landesweit wurden durchschnittlich 26 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner fertiggestellt. Den höchsten Wert unter den kreisfreien Städten wies Trier mit 59 Wohnungen auf, den niedrigsten Frankenthal (Pfalz) mit 4,7 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Unter den Landkreisen erreichte der Landkreis Mainz-Bingen mit 48 den höchsten und der Rhein-Lahn-Kreis mit 7,3 den niedrigsten Wert.

Die Geowebdienste liefern detaillierte Ergebnisse in Karten und Tabellen für die Kreis- und die Verbandsgemeindeebene. Neben dem aktuellen Jahr wird zur Veranschaulichung der mittelfristigen Entwicklung der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre dargestellt.

Im Jahr 2017 hatten erstmals mehr fertiggestellte neue Wohngebäude eine Wärmepumpenheizung als eine

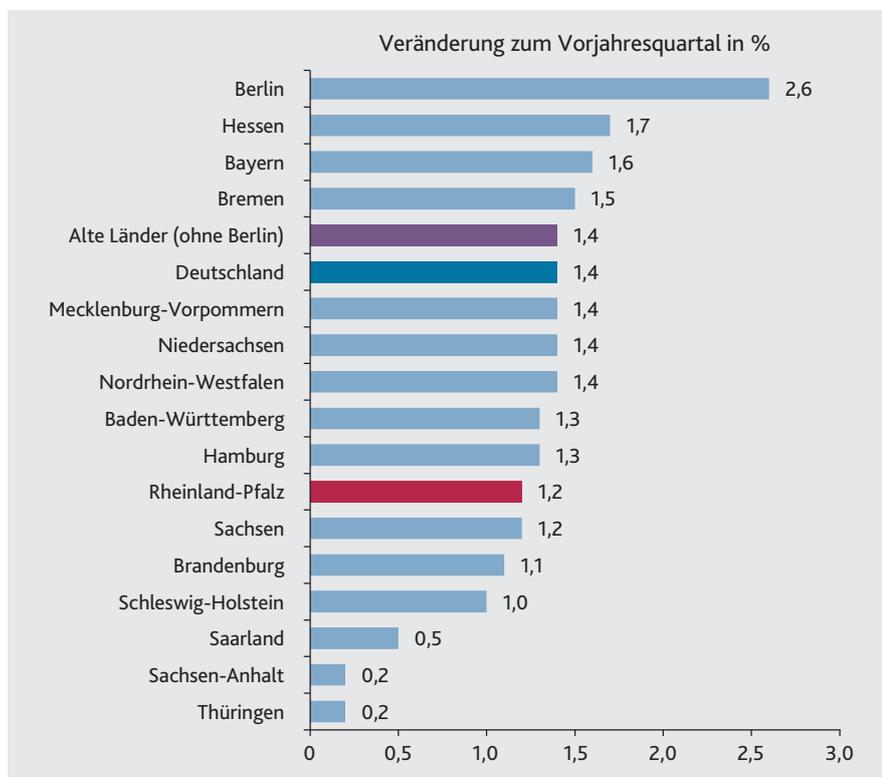
Gasheizung. Fast 47 Prozent der fertiggestellten Neubauten nutzen eine Wärmepumpe als primäre Heizquelle (2007: 17 Prozent), nur noch knapp 43 Prozent Gas. Im Jahr 2007 lag der Gasanteil noch bei 63 Prozent. Ölheizungen sind bei Neubauten mittlerweile nahezu bedeutungslos. Im Jahr 2017 wurde nur in ein Prozent aller Neubauten eine Ölheizung installiert.

Erwerbstätigkeit steigt im ersten Quartal 2018 um 1,2 Prozent

Die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz nahm im ersten Quartal 2018 erneut zu. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem ersten Quartal 2017 um rund 23 200 bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

Damit setzt sich der Beschäftigungsaufbau der vergangenen Quartale

Erwerbstätige am Arbeitsort im 1. Quartal 2018 nach Bundesländern



fort: Im dritten Quartal 2017 hatte der Zuwachs ebenfalls 1,2 Prozent und im vierten Quartal 1,1 Prozent betragen. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2018 hatten 2,02 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, dies war der höchste Wert in einem ersten Quartal seit Einführung der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung im Jahr 2006.

Der Zuwachs konzentriert sich überwiegend auf den Dienstleistungssektor. Im ersten Quartal 2018 waren hier 19 700 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahreszeitraum. Das entspricht einem Anstieg um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent). Insgesamt arbeiteten 1,47 Millionen Menschen im tertiären Sektor

(73 Prozent aller Erwerbstätigen). Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, dem größten Teilbereich des Dienstleistungssektors. Hier stieg die Erwerbstätigenzahl um 8 400 bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ nahm die Erwerbstätigenzahl um 5 800 Personen bzw. ebenfalls 1,2 Prozent zu (Deutschland: +1,1 Prozent). Der Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ vermeldete einen überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwachs von

5 500 Personen bzw. zwei Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent).

Auch im Produzierenden Gewerbe, in dem 514 400 Personen bzw. gut 25 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten, erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl. Insgesamt waren hier 5 200 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahreszeitraum, das entspricht einem Anstieg von einem Prozent. (Deutschland: +1,4 Prozent). Im größten Teilbereich, dem Verarbeitenden Gewerbe, stieg die Zahl der Erwerbstätigen allerdings nur um 2 500 Personen bzw. 0,7 Prozent (Deutschland +1,4 Prozent). Das Baugewerbe verzeichnete erneut starke Beschäftigungsgewinne von 2 300 Personen bzw. 1,9 Prozent (Deutschland: ebenfalls +1,9 Prozent).

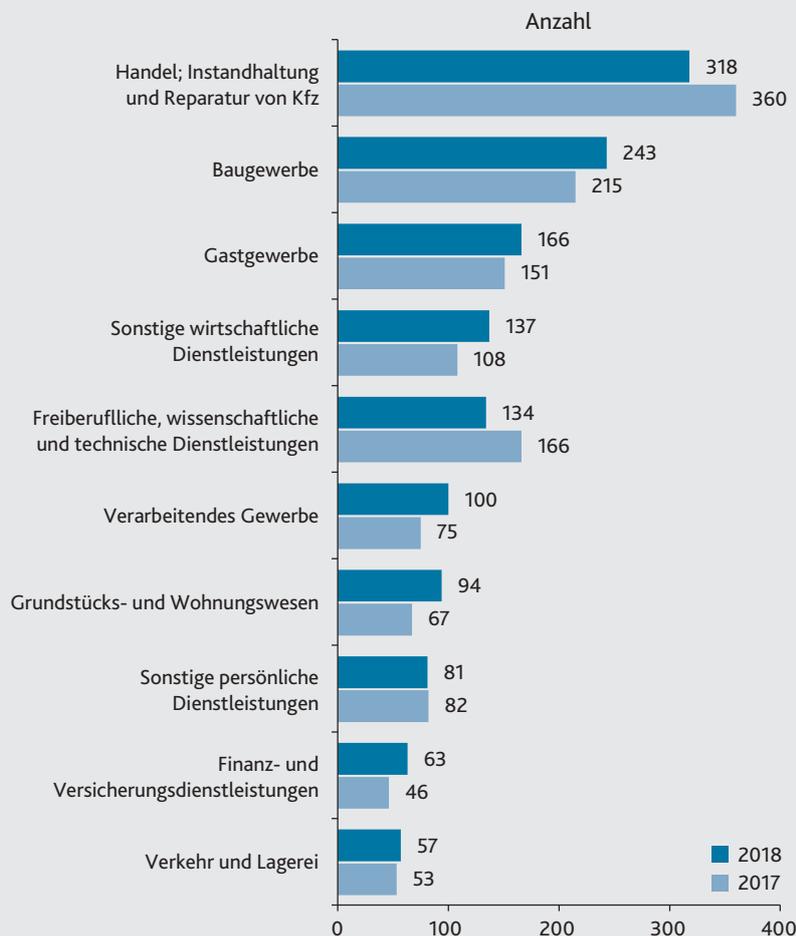
In der Land- und Forstwirtschaft verringerte sich die Beschäftigung. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 1 700 Personen bzw. 4,3 Prozent zurück (Deutschland: -3,1 Prozent).

Mehr Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben im ersten Quartal

In Rheinland-Pfalz gab es im ersten Quartal 2018 mehr sogenannte Betriebsgründungen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Deren Zahl stieg im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 2017 um 4,4 Prozent auf 1 542.

Betrachtet werden hierbei Gründungen von Unternehmen, bei denen sich aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl

Betriebsgründungen¹ im 1. Quartal 2017 und 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



¹ Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einer bzw. einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

eine größere wirtschaftliche Relevanz vermuten lässt. Hierzu zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 21 Prozent der Bereich „Handel, Instandhaltung und

Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Es folgten das Baugewerbe mit einem Anteil von 16 Prozent, das Gastgewerbe mit elf Prozent, die „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit 8,9 Prozent sowie der Bereich der „Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ mit 8,7 Prozent.

Während landesweit knapp vier Betriebe je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gegründet wurden,

zeigten sich regional zum Teil deutliche Unterschiede. Mit neun Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichte unter den kreisfreien Städten Zweibrücken die höchste Quote. Bei den Landkreisen nahm der Landkreis Germersheim mit einer Quote von 4,4 Betriebsgründungen die Spitzenposition ein. Am niedrigsten waren die Gründungsaktivitäten unter den kreisfreien Städten in Landau in der Pfalz (3,9) und unter den Landkreisen im Landkreis Trier-Saarburg mit einer Quote von 1,5.

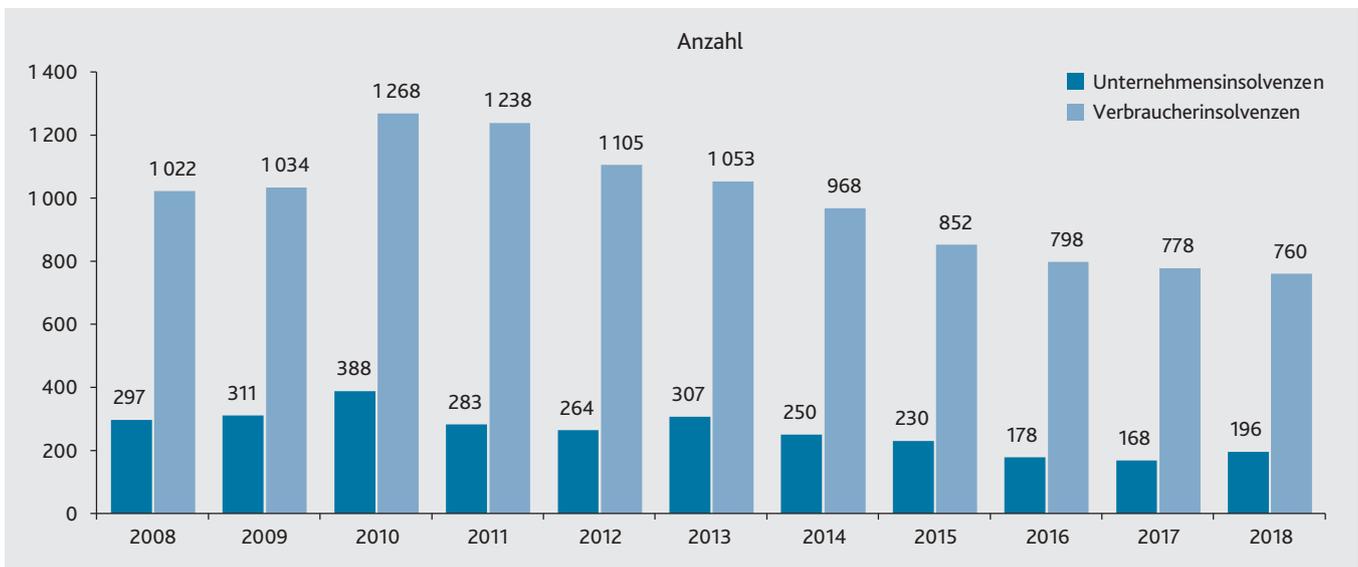
Die Zahl der sonstigen Neugründungen lag in den ersten drei Monaten des Jahres 2018 mit 5 719 um 2,6 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen. Im Rahmen der sonstigen Neugründungen erfolgten 3 405 Gründungen im Nebenerwerb, 3,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Im ersten Quartal 2018 wurden insgesamt 9 103 Gewerbe abgemeldet und damit 4,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Betriebsaufgaben, die das Pendant zu den Betriebsgründungen darstellen, stieg um 9,9 Prozent auf 1 386. Die sonstigen Stilllegungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,3 Prozent auf 5 971.

Mehr Unternehmensinsolvenzen, weniger Verbraucherinsolvenzen

Im ersten Quartal 2018 stellten mehr rheinland-pfälzische Unternehmen

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Quartal 2008–2018



einen Insolvenzantrag als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen stieg gegenüber den ersten drei Monaten des Jahres 2017 um 17 Prozent auf 196. Die Zahl der beantragten Verbraucherinsolvenzen sank hingegen weiter und lag mit 760 Fällen um 2,3 Prozent niedriger als im ersten Quartal 2017.

Von den beantragten Unternehmensinsolvenzen waren 1 585 Beschäftigte betroffen, das waren deutlich mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (+146 Prozent). Mit 91 Millionen Euro stieg die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen um 21 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Sie liegt damit wieder auf dem Niveau des ersten Quartals 2016. Im Durchschnitt war jedes insolvente Unternehmen mit 465 464 Euro verschuldet (Januar bis März 2017: 448 310 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge betrafen mit 48 Fällen das Baugewerbe, gefolgt vom Wirtschaftsbereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 36 Insolvenzverfahren. Im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ waren 22, im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ 19 sowie im Gastgewerbe 18 Verfahren anhängig.

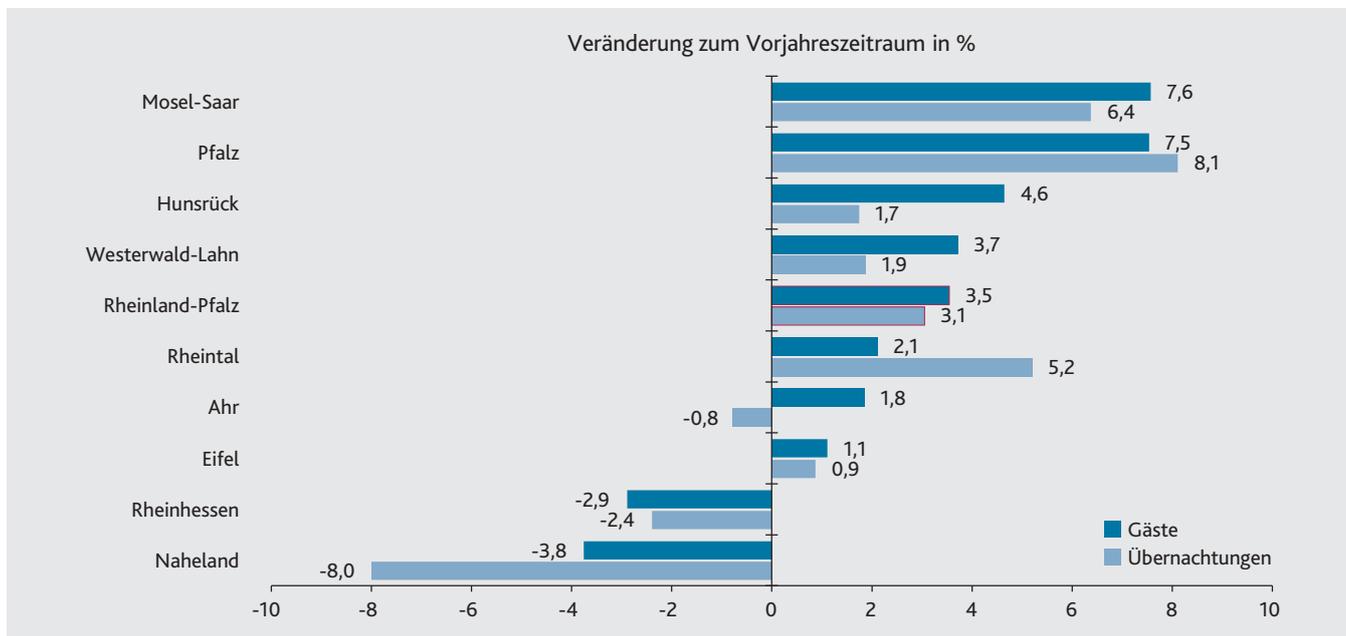
Die sogenannte Insolvenzhäufigkeit war in der kreisfreien Stadt Worms mit 2,4 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen am höchsten. Unter den Landkreisen wies Mayen-Koblenz mit 2,3 Insolvenzen den höchsten Wert auf. Die niedrigste Insolvenzhäufigkeit ergab sich für die kreisfreie Stadt Landau, wo kein Insolvenzfall gemeldet wurde. Bei den Landkreisen wurde

für Bad Dürkheim mit 0,2 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen der geringste Wert ermittelt.

Die Summe der voraussichtlichen Forderungen bei den beantragten Verbraucherinsolvenzen belief sich auf 37,3 Millionen Euro. Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher lag damit bei 49 138 Euro (2017: 50 111 Euro).

Mit einer Insolvenzhäufigkeit von 7,4 je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es im ersten Quartal 2018 in der kreisfreien Stadt Pirmasens die meisten Verbraucherinsolvenzen. Unter den Landkreisen wies der Kreis Kusel den höchsten Wert auf (5,2). Der niedrigste Pro-Kopf-Wert ergab sich bei den kreisfreien Städten in Landau sowie bei den Landkreisen im Kreis Birkenfeld mit jeweils 0,7 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis April 2018 nach Tourismusregionen



Tourismus von Januar bis April mit Gäste- und Übernachtungsplus

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im Zeitraum von Januar bis April 2018 einen Anstieg des Gäste- und Übernachtungsaufkommens gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Land übernachteten 2,27 Millionen Gäste, das waren 3,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stiegen die Übernachtungszahlen um 3,1 Prozent auf 5,67 Millionen.

In sechs der neun Tourismusregionen erhöhte sich das Übernachtungsaufkommen, wobei die Pfalz mit einem Zuwachs um 8,1 Prozent den Spitzenplatz einnahm. Mit Steigerungen von 6,4 bzw. 5,2 Prozent belegten die Gebiete Mosel-Saar und Rheintal die Plätze zwei und drei. An der Ahr, in Rheinhausen und im Nahe-

land waren die Übernachtungszahlen dagegen niedriger als in den ersten vier Monaten des Vorjahres. Sieben der neun Regionen verzeichneten einen Gästezuwachs. Mit einem Plus von 7,6 bzw. 7,5 Prozent erreichten hier die Fremdenverkehrsgebiete Mosel-Saar und Pfalz die größten Steigerungen.

Neun der elf touristischen Betriebsarten verbuchten in den ersten vier Monaten 2018 höhere Übernachtungszahlen als im Vorjahreszeitraum. Um fast zehn Prozent stiegen die Übernachtungen in Pensionen. Die Hotels garnis konnten ebenfalls von einem deutlich gestiegenen Übernachtungsaufkommen profitieren (+9,2 Prozent). Das Schlusslicht im Ranking der Betriebsarten bilden die Ferienzentren, deren Übernachtungszahlen um 3,8 Prozent zurück-

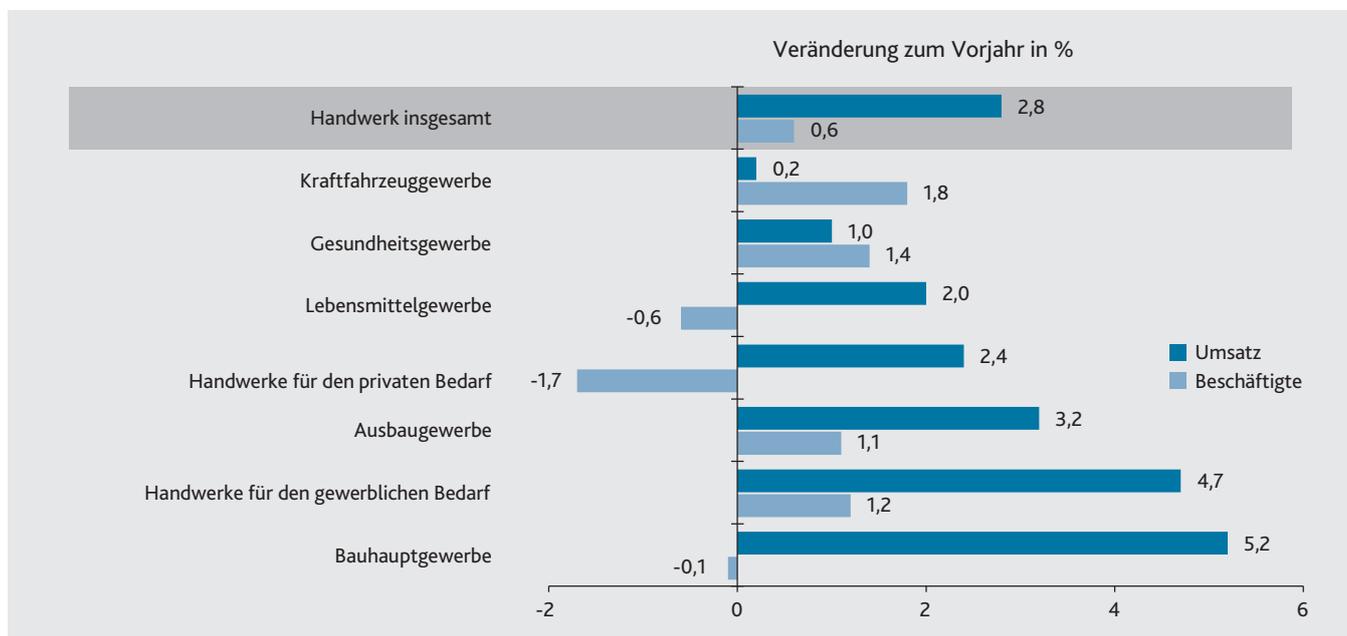
gingen. Sieben der elf touristischen Betriebsarten registrierten in den ersten vier Monaten des Jahres höhere Gästezahlen. Hier lagen die Ferienhäuser und Ferienwohnungen mit einem Plus von zehn Prozent vorne.

Von Januar bis April 2018 kamen acht von zehn Gästen aus dem Inland. Auf sie entfielen fast 4,63 Millionen Übernachtungen. Das waren 4,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig wurden nahezu 1,05 Millionen Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern aus dem Ausland gezählt, was einem Rückgang um 1,2 Prozent entspricht.

Handwerk erzielt im ersten Quartal ein Umsatzplus

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz erzielte im ersten Quartal 2018 einen Umsatzanstieg

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 1. Quartal 2018 nach Gewerbegruppen



gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse in den Monaten Januar bis März um 2,8 Prozent über dem Niveau des ersten Quartals 2017 (Deutschland: +5,9 Prozent).

Die Umsätze stiegen in allen Gewerbegruppen. Das Bauhauptgewerbe verbuchte mit einem Plus von 5,2 Prozent die größte Erlössteigerung. Dahinter folgten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (+4,7 Prozent). Am geringsten fiel der Zuwachs mit +0,2 Prozent im Kraftfahrzeuggewerbe aus.

Die Zahl der Beschäftigten hat sich gegenüber dem ersten Quartal 2017 leicht erhöht (+0,6 Prozent; Deutschland: +0,5 Prozent). In vier der sieben Gewerbegruppen lag die Beschäftigtenzahl über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Den stärksten Anstieg

gab es im Kraftfahrzeuggewerbe (+1,8 Prozent). Im Gesundheitsgewerbe legte die Beschäftigtenzahl um 1,4 Prozent zu. Den größten Rückgang mussten die Handwerke für den privaten Bedarf hinnehmen (-1,7 Prozent). Im Lebensmittelgewerbe und im Bauhauptgewerbe nahm die Beschäftigung ebenfalls ab.

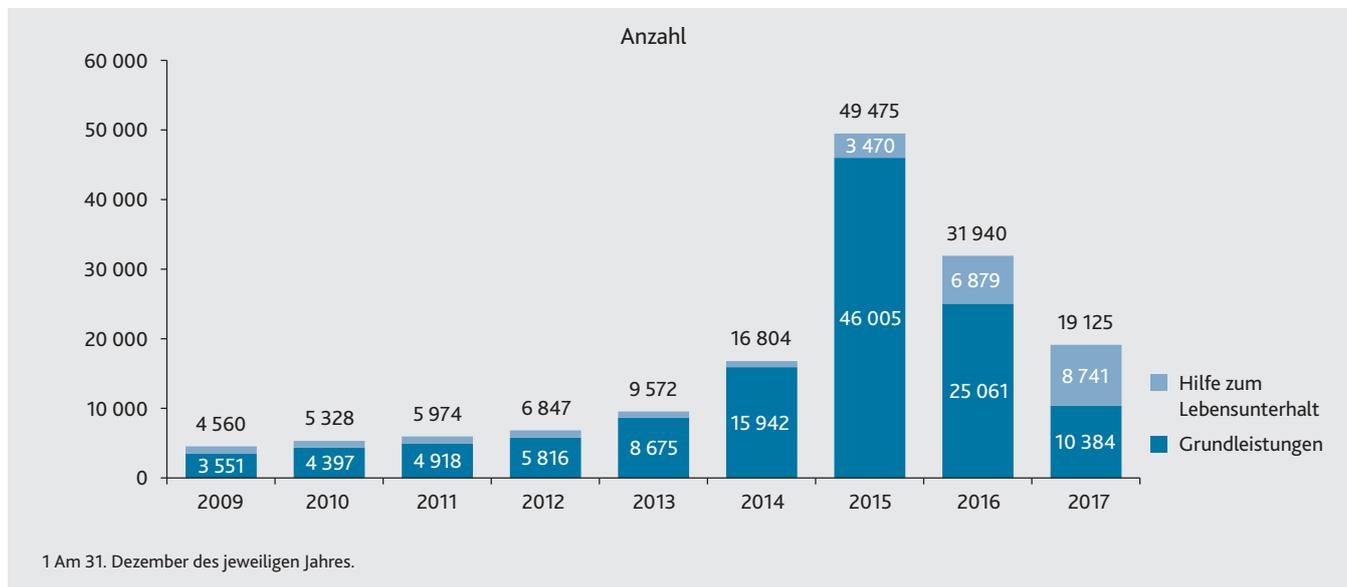
Asylbewerberleistungen: Zahl der Berechtigten 2017 weiter gesunken

Am Jahresende 2017 erhielten in Rheinland-Pfalz 12 381 Männer und 6 744 Frauen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich die Zahl der Berechtigten um 12 815 bzw. 40 Prozent.

Die Gründe für den starken Rückgang im vergangenen Jahr sind, wie auch 2016, dass einerseits weniger Asyl-

suchende einreisten und andererseits Asylverfahren abgeschlossen wurden. Wird ein Antrag auf Asyl vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannt, sind die betroffenen Personen nicht mehr leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und werden in der Statistik nicht mehr berücksichtigt. Der Großteil der Schutzsuchenden kam aus Afghanistan (3 900 bzw. 20 Prozent), gefolgt von Armenien (1 500 bzw. acht Prozent), Syrien und Pakistan (jeweils rund 1 400 bzw. sieben Prozent).

Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen rund 10 400 Leistungsempfängerinnen und -empfänger (54 Prozent). Diese werden in Form von Sachleistungen, Wertgutscheinen und Geldleistungen gewährt und sind dazu bestimmt, den täglichen Lebensbedarf zu decken,

Empfänger/-innen von Regelleistungen des Asylbewerberleistungsgesetz 2009–2017¹

das heißt unter anderem Ernährung, Kleidung, Unterkunft, Gesundheits- und Körperpflege. Von den Empfängerinnen und Empfängern der Grundleistungen lebten rund 5 700 dezentral in Wohnungen, 3 400 in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende und 1 200 in Gemeinschaftsunterkünften.

Mehr als 8 700 Asylbewerberinnen und -bewerber (46 Prozent) erhielten erhöhte Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt – die sogenannten Analogleistungen. Diese üblicherweise als Geldleistungen gewährten Zuwendungen werden in der Regel nach 15-monatiger Aufenthaltsdauer in Deutschland gezahlt und bewirken, dass die Leistungsberechtigten denjenigen Personen gleichgestellt werden, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhalten.

Neben diesen Regelleistungen in Form von Grundleistungen bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen am Jahresende 2017 insgesamt rund 6 300 Männer und 3 500 Frauen besondere Leistungen, die in speziellen Bedarfssituationen gewährt werden, beispielsweise bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt.

Die Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beliefen sich 2017 auf 225 Millionen Euro, das waren 134 Millionen Euro weniger als im Jahr zuvor. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von landesweit 22,9 Millionen Euro, beispielsweise aus Rückzahlungen gewährter Hilfen oder Kostenerstattung anderer Sozialleistungsträger, ergaben sich Nettogesamtausgaben von gut 202 Millionen Euro (rund 50 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Dies entspricht einem Rückgang um 41 Prozent gegenüber 2016.

Rund acht Prozent der Bevölkerung haben Schwerbehindertenausweis

Ende 2017 lebten in Rheinland-Pfalz 316 764 Frauen und Männer, die aufgrund eines Grades der Behinderung von 50 oder mehr einen gültigen Schwerbehindertenausweis besaßen. Dies entspricht einem Anteil von rund acht Prozent an der Gesamtbevölkerung. Nicht inbegriffen sind in dieser Zahl alle schwerbehinderten Personen, die keinen gültigen Schwerbehindertenausweis besitzen. Die Zahl der so erfassten schwerbehinderten Menschen ist gegenüber der vorherigen Erhebung im Jahr 2015 um rund 25 600 bzw. 8,8 Prozent gestiegen.

Nach dem Neunten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB IX) gelten Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 oder mehr als schwerbehindert. Bei etwa einem Drittel der erfassten schwerbehin-

Schwerbehinderte Menschen¹ 1997–2017² nach Altersgruppen

derten Menschen (106 036 Personen) stellte das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung einen Grad der Behinderung von genau 50 fest, gut ein Viertel (80 142 Personen) wies einen Behinderungsgrad von 100 auf.

Überwiegend ältere Menschen sind von Schwerbehinderung betroffen. Mehr als die Hälfte der schwerbehinderten Menschen (54 Prozent) war 65 Jahre oder älter, rund ein Fünftel (23 Prozent) gehörte der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren an. Weitere 19 Prozent entfielen auf die Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen, 4,3 Prozent hatten das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet. Männer überwoogen mit einem Anteil von 53 Prozent.

In 86 Prozent der Fälle wurde die Behinderung durch eine Krankheit – einschließlich Impfschaden – verursacht, zwei Prozent der Behinderungen waren angeboren. Die restlichen Fälle

entfielen unter anderem auf Arbeitsunfälle, Verkehrsunfälle, anerkannte Kriegs- und Wehrdienstbeschädigungen oder sonstige Ursachen.

Mit 25 Prozent waren Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes die häufigste Behinderungsart. Auf die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen entfielen 24 Prozent. In 15 Prozent der Fälle lagen eine Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen oder Suchtkrankheiten vor. Von Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen waren 13 Prozent betroffen, von Blindheit und Sehbehinderung 5,2 Prozent.

Mehr als 600 Anträge auf Anerkennung syrischer und philippinischer Berufsqualifikationen

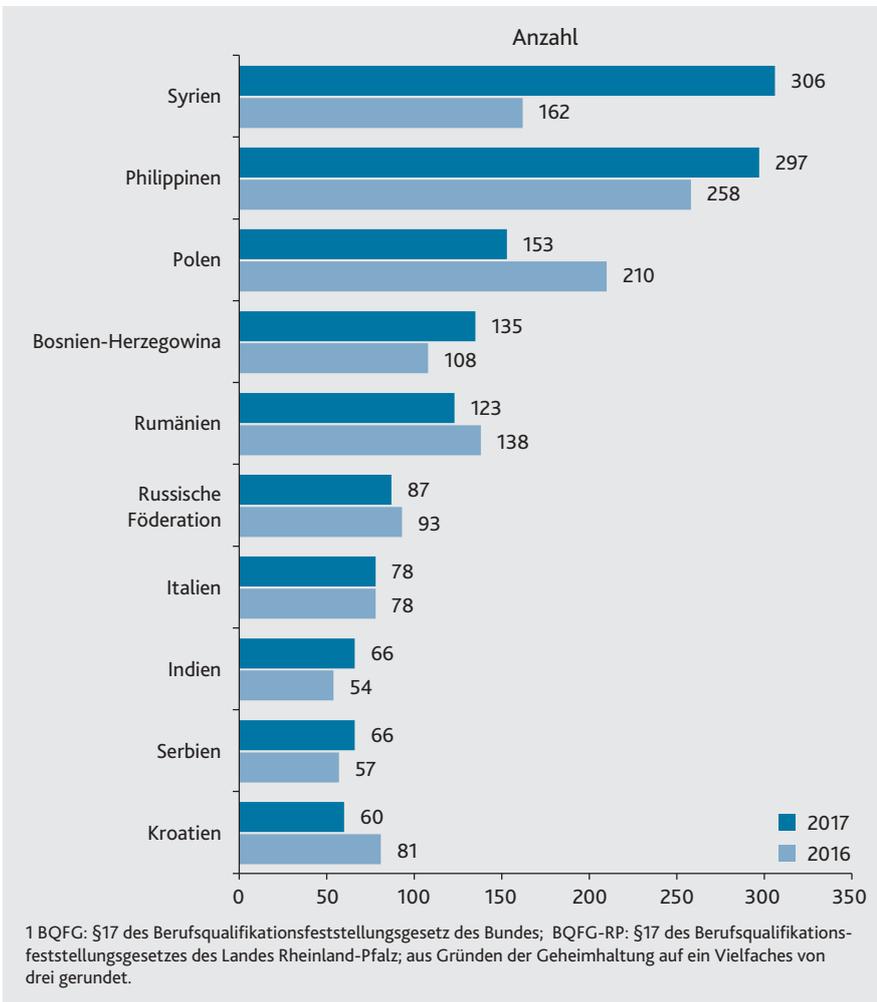
Im Jahr 2017 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz

im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) rund 2 200 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation. Dies waren 114 Anträge bzw. 5,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Das Feststellungsverfahren bietet die Möglichkeit, in reglementierten Berufen die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte anzuerkennen. Davon profitiert insbesondere die Gesundheitsversorgung: Im Jahr 2017 wurden mehr als 870 Ausbildungen zur Gesundheits- und Krankenpflege anerkannt und rund 190 Approbationen zur Ausübung des Arztberufs erteilt.

Am häufigsten wurden Anträge eingereicht, die die Anerkennung einer in Syrien (306) oder auf den Philippinen (297) erworbenen Ausbildung beantragten. Dies ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Schutz-

Anträge nach BQFG-Bund und BQFG-RP 2017 und 2016 nach den zehn häufigsten Ausbildungsstaaten der Antragssteller/-innen¹



und Asylsuchenden aus Syrien und auf das Projekt „Triple Win“ der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit zurückzuführen, in dessen Rahmen Pflegefachkräfte von den Philippinen sowie aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Tunesien gewonnen werden.

Von allen 1602 abgeschlossenen oder beendeten Anerkennungsverfahren wurden 62 Prozent der beruflichen Qualifikationen als voll gleichwertig

mit den jeweiligen deutschen Referenzberufen bewertet. Hinzu kommen 16 Prozent, die eine Ausgleichsmaßnahme, beispielsweise eine Weiterbildung, auferlegt bekamen, damit ihre Qualifikation anerkannt wird. Abgelehnt oder abgebrochen wurden rund 22 Prozent der Anträge bzw. Antragsverfahren.

Ziel des 2012 in Kraft getretenen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG), auch „Anerkennungsgesetz“ genannt, ist es, die Sicherung

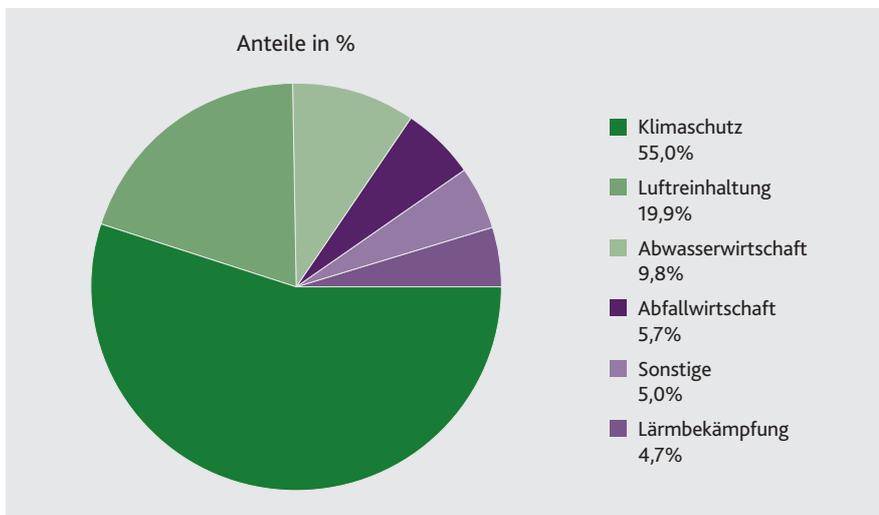
des Fachkräftebedarfs in Deutschland zu unterstützen sowie eine gesellschaftliche, berufliche und arbeitsmarktorientierte Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern. Das Anerkennungsgesetz bezieht sich im Wesentlichen auf mehr als 600 bundesrechtlich geregelte Berufe. Dazu zählen insbesondere alle Ausbildungsberufe des dualen Berufsbildungssystems und reglementierte akademische Berufe (z. B. Ärztinnen und Ärzte). Zudem wird seit Oktober 2013 im Rahmen des Landesgesetzes (BQFG-RP) die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit landesrechtlich reglementierten Berufen individuell überprüft. Beispielsweise fällt hierunter die berufliche Ausübung des Lehramts an rheinland-pfälzischen Schulen.

Umweltbranche erzielt 5,2 Milliarden Euro Umsatz

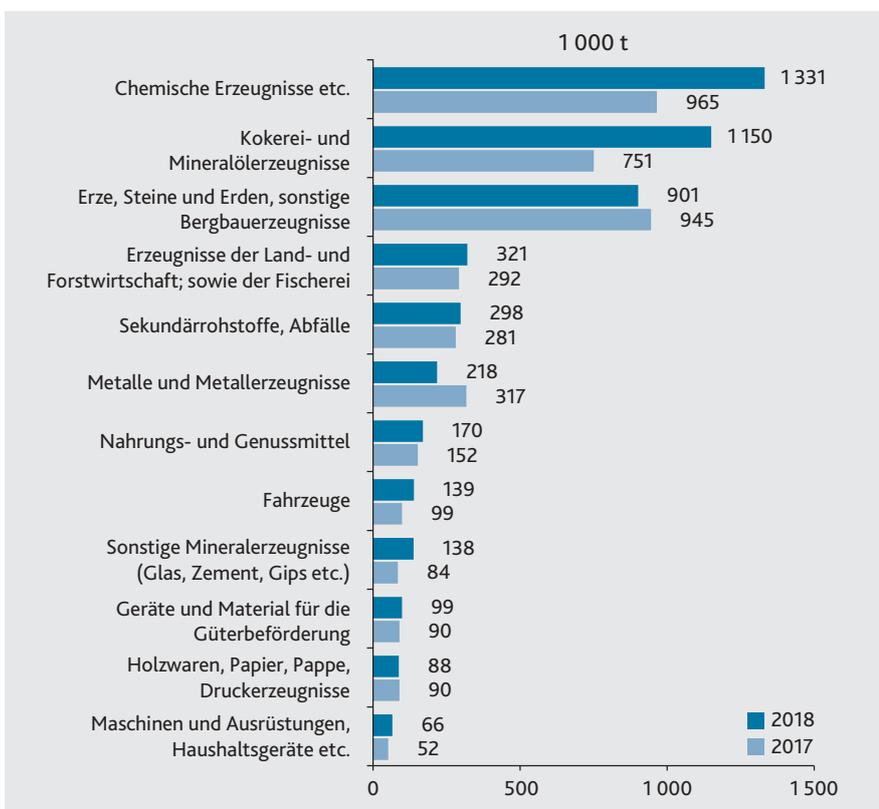
Der Jahresumsatz der rheinland-pfälzischen Umweltbranche lag 2016 bei rund 5,2 Milliarden Euro. Klimaschutzmaßnahmen brachten mehr als die Hälfte des gesamten Umsatzes ein: Mit Waren und Dienstleistungen für den Klimaschutz wurden in der Umweltbranche 2,9 Milliarden Euro umgesetzt – davon allein 2,3 Milliarden Euro mit Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz (z. B. durch Gebäudedämmung). Hinzu kamen insbesondere Waren und Dienstleistungen im Bereich der Nutzung von Wind- und Solarenergie.

Rund 20 Prozent des Gesamtumsatzes in der Umweltbranche bzw. eine Milliarde Euro entfiel 2016 auf

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2016 nach Umweltbereichen



Güterumschlag in Häfen von Januar bis März 2017 und 2018 nach Güterabteilungen



Maßnahmen für die Luftreinhaltung, wobei es sich hauptsächlich um Filter- und Katalysatorsysteme für

Abgase handelt. Weitere Angebote, mit denen die Umweltbranche nennenswerte Umsätze erzielt, gehören

zu den Bereichen Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Lärmbekämpfung (z. B. Maßnahmen zur Verminderung der Abwassermenge, Verwertung von Abfällen oder Geräte zur Schalldämpfung).

Es ist zu beachten, dass umweltschutzbezogene wirtschaftliche Aktivitäten üblicherweise sektorübergreifend stattfinden und sich nicht genau abgrenzen lassen. Bei der Umweltbranche handelt es sich um einen sogenannten Querschnittssektor. Im Jahr 2016 sorgte die Einführung einer bundesweit geltenden einheitlichen unteren Abschneidegrenze bei den befragten Betrieben dafür, dass die zeitliche Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr eingeschränkt ist. In der üblichen Unterteilung der Wirtschaftszweige ist „der Umweltsektor“ gar nicht enthalten. Der sektorübergreifend erwirtschaftete Umsatz entsprach 2016 allerdings in der Größenordnung etwa dem Umsatz eines mittelgroßen Wirtschaftszweiges der Industrie in Rheinland-Pfalz, wie z. B. der Herstellung von Metallerzeugnissen (Jahresumsatz: 4,9 Milliarden Euro). Die Arbeitsleistung der in der Umweltbranche tätigen Personen entsprach 2016 rund 17 500 Vollzeitäquivalenten.

Mehr Güterumschlag in Binnenhäfen im ersten Quartal

Im ersten Quartal 2018 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen mehr Güter umgeschlagen als im ersten Quartal 2017. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die Monate Januar bis März 2018 einen

Güterumschlag von fast 5,5 Millionen Tonnen. Dies waren 836 000 Tonnen bzw. knapp 18 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2017.

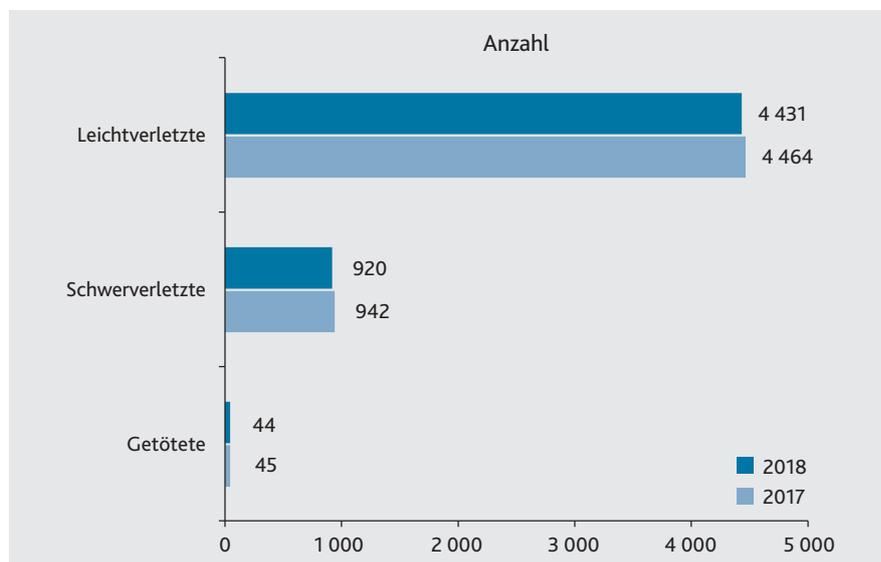
Der Versand erhöhte sich um zehn Prozent auf 2,3 Millionen Tonnen. Der Empfang stieg um 24 Prozent auf 3,2 Millionen Tonnen.

Die höchste Umschlagmenge entfiel mit 1,33 Millionen Tonnen (+38 Prozent) wie gewohnt auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“. Dahinter lagen die Abteilungen „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ mit einem Umschlag von 1,15 Millionen Tonnen (+53 Prozent) und die Güterabteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit 901 000 Tonnen (-4,7 Prozent). Damit haben die beiden letztgenannten Güterabteilungen die Plätze getauscht.

In Ludwigshafen am Rhein, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 53 Prozent mehr Güter umgeschlagen als im Vorjahreszeitraum. Im zweitgrößten Hafen Mainz wurde ein Umschlagsplus von 23 Prozent ermittelt.

Die Anstiege sind u. a. darauf zurückzuführen, dass im ersten Quartal 2017 aufgrund des damals herrschenden Niedrigwassers am Rhein ein vergleichsweise geringer Güterumschlag gemeldet wurde. Der Anstieg in Ludwigshafen ist zudem durch die Überwindung der Nachwirkungen eines Großbrandes im Ludwigshafener Nordhafen zu erklären.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis April 2017 und 2018



Zahl der Todesopfer bei Straßenverkehrsunfällen nahezu unverändert

Von Januar bis April 2018 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen 44 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben war das ein Todesopfer weniger als von Januar bis April 2017. Die Zahl der Schwerverletzten verringerte sich um 2,3 Prozent auf 920 Unfallopfer.

Die Zahl der Leichtverletzten veränderte sich gegenüber den ersten vier Monaten des Vorjahres nur geringfügig auf 4 431 Personen (-0,7 Prozent). Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten vier Monaten 45 949 Straßenverkehrsunfälle und damit 1,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Darunter waren 41 890 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Dies waren zwei Prozent mehr als in den ersten vier Monaten 2017.

Knapp neun Prozent der Kommunen erhöhen 2018 die Hebesätze

Nach den vorläufigen Ergebnissen steigen die Hebesätze für die Realsteuern im Jahr 2018 im Durchschnitt aller rheinland-pfälzischen Kommunen nur leicht an. Anhand von aktuellen Vorabmeldungen der Gemeinden errechnet sich für das Jahr 2018 ein durchschnittlicher Hebesatz für die Gewerbesteuer in Höhe von 382 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr bleibt er damit praktisch konstant. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A erhöht sich voraussichtlich um zwei Prozentpunkte auf 322 Prozent; der für die Grundsteuer B steigt um zwei Prozentpunkte auf 402 Prozent.

Die Grundsteuer A wird von den Kommunen auf land- und forstwirtschaftliche Flächen, die Grundsteuer B auf bebaute bzw. bebaubare Grundstücke erhoben.

Die Hebesätze verändern sich in den 2305 Städten und Gemeinden nicht einheitlich. Am häufigsten wurden aktuell die Hebesätze der Grundsteuer B angehoben. Im Vorjahresvergleich erhöhen hier acht Prozent der Kommunen den Hebesatz. Bei der Grundsteuer A heben knapp sechs Prozent, bei der Gewerbesteuer fünf Prozent der Kommunen die Sätze an. Eine Senkung der Hebesätze gab es dagegen nur selten: Lediglich sieben Gemeinden (0,3 Prozent) verringern 2018 zumindest einen ihrer Hebesätze.

Bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B veranschlagen die kreisfreien Städte im Durchschnitt einen deutlich höheren Hebesatz als die kreisange-

hörigen Gemeinden: Bei der Gewerbesteuer liegt der durchschnittliche Hebesatz in den kreisfreien Städten unverändert bei 418 Prozent, bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen bei 364 Prozent (+1 Prozentpunkt). Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer B beträgt bei den kreisfreien Städten 445 Prozent (+1 Prozentpunkt), bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen 383 Prozent (+2 Prozentpunkte).

Zwischen den Kommunen bestehen teilweise deutliche Unterschiede: So reichen die Hebesätze bei den Grundsteuern A und B von 0 bis 900 Prozent; bei der Gewerbesteuer von 310 bis 900 Prozent.

Die Zahlen sind vorläufig. Erfahrungsgemäß erfolgen nahezu alle Hebesatzänderungen bis Mai des laufenden Jahres. Die Kommunen dürfen ihre Hebesätze im laufenden Haushaltsjahr jedoch noch bis zum 30. Juni erhöhen und bis zum 31. Dezember senken. Im Jahr 2017 machten hiervon einige wenige Kommunen Gebrauch. Der durchschnittliche Hebesatz für die Gewerbesteuer fällt hierdurch 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 um drei Prozentpunkte auf 382 Prozent. Im Vorabergebnis des Vorjahres wurde hingegen noch von einem moderaten Anstieg von rund einem Prozentpunkt ausgegangen.

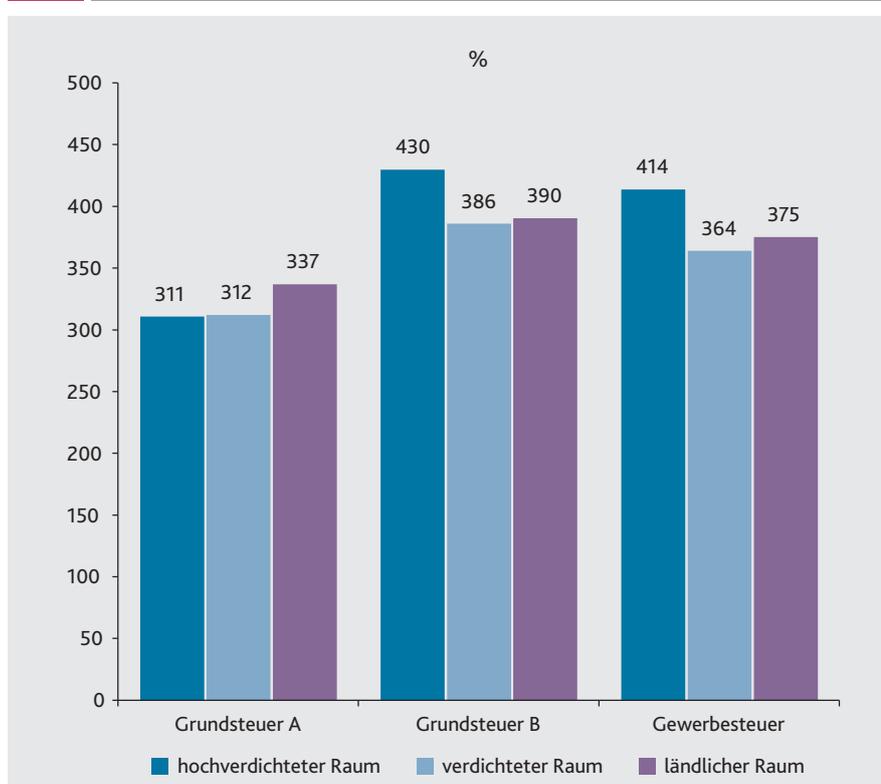
Bundesweite Vergleichswerte für 2018 und 2017 liegen noch nicht vor. Mit den moderaten Erhöhungen im Jahr 2018 liegen die durchschnittlichen Hebesätze in Rheinland-Pfalz noch immer niedriger als im Bundesdurchschnitt des Jahres 2016.

Wie im Vorjahr sind die Daten zu allen Hebesätzen der rheinland-pfälzischen Kommunen 2018 ab sofort über die Geowebdienste zu den Kommunal финанzen abrufbar. Dort können die Werte in Karten und in einer sortierbaren Tabelle angezeigt werden.

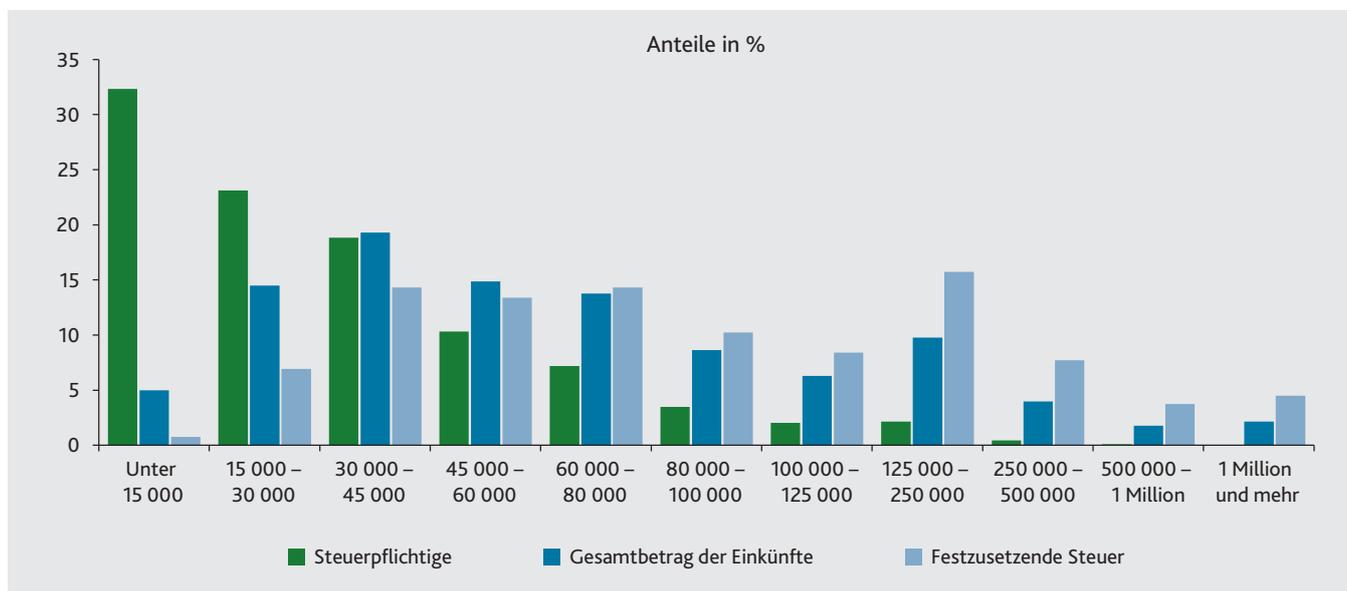
Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte 2014 um rund drei Prozent angestiegen

Die knapp zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten 2014 im Durchschnitt einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 35 934 Euro. Das entspricht einem

Hebesätze der Realsteuern 2018 nach Raumstrukturtypen



Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festzusetzende Steuer 2014 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte



Plus von 2,9 Prozent bzw. 1 022 Euro gegenüber dem Jahr 2013. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 6 043 Euro je Steuerpflichtigem und legte damit um 3,6 Prozent zu.

Die Einkünfte sind ungleich verteilt. Annähernd zwei Drittel der Steuerpflichtigen (64 Prozent) hatten einen Gesamtbetrag der Einkünfte kleiner oder gleich dem Durchschnittswert von 35 934 Euro. Die auf diese Steuerpflichtigen entfallende Steuer machte aber in der Summe nur rund 13 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen aus. Demgegenüber trugen die 664 Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr – die sogenannten Einkommensmillionäre – 4,5 Prozent zur festgesetzten Steuer bei, obwohl sie nur 0,03 Prozent aller Steuerpflichtigen repräsentieren.

Unterschiede zwischen den Steuerpflichtigen offenbaren sich auch bei der Betrachtung der überwiegenden Einkunftsart. Der Großteil der Steuerpflichtigen (85 Prozent) hatte überwiegend Einkünfte aus nicht-selbstständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Steuerpflichtigen bei durchschnittlich rund 34 000 Euro je Steuerpflichtigem. Steuerpflichtige mit anderen überwiegenden Einkunftsarten verdienen zum Teil deutlich mehr. An der Spitze standen die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbstständiger Arbeit mit einem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von 107 000 Euro je Steuerpflichtigem.

Die höchsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigem wurden 2014 in den im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erreicht. Spitzenreiter war

der Landkreis Mainz-Bingen mit rund 45 000 Euro. Mainz-Bingen verzeichnete mit +5 Prozent zugleich den höchsten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Es folgte der Landkreis Bad Dürkheim mit über 41 000 Euro. Schlusslichter waren der Eifelkreis Bitburg-Prüm und die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 30 900 Euro bzw. 28 300 Euro. Der Durchschnittswert des Gesamtbetrags der Einkünfte lag in den Landkreisen um 4,5 Prozent höher als in den kreisfreien Städten.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018



Machen auch Sie mit! Das statistische Landesamt sucht Haushalte für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018



Alle fünf Jahre findet eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) statt – im nächsten Jahr ist es wieder soweit. Gesucht werden Haushalte, die auf freiwilliger Basis in einem Quartal Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben, über den Besitz bestimmter Güter wie Auto, Telefon und Computer sowie über ihre Wohnverhältnisse geben.

Die Ergebnisse der EVS helfen, ein realistisches Bild der Lebensverhältnisse in unserem Land zu zeichnen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft benötigen die Ergebnisse ebenso wie auch – und das zeigen uns zahlreiche Anfragen – viele Bürgerinnen und Bürger.

Aber auch die mitwirkenden Haushalte selbst erhalten einen Einblick in ihr eigenes „Wirtschaften“. Wenn Sie also einen Überblick über Ihre Haushaltskasse erhalten möchten, bietet die EVS 2018 dafür die beste Gelegenheit.

Bei uns sind Ihre Daten sicher! Ihre Angaben werden selbstverständlich streng vertraulich behandelt. Die Ergebnisse werden so zusammengefasst, dass Ihre Einzelangaben

nicht erkennbar sind. Es werden auch keine Einzeldaten an andere staatliche Behörden weitergegeben. Datenschutz und Geheimhaltung sind unsere obersten Prinzipien.

Für diese Erhebung suchen wir noch Haushalte aus bestimmten Schichten, insbesondere Selbstständige, Arbeiter-Haushalte mit einem oder zwei Kindern sowie Haushalte mit nicht erwerbstätigen Personen (jedoch nur in wenigen Fällen Pensionärs- oder Rentnerhaushalte).

Unter www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/evs-2018 finden Sie eine genaue Aufstellung der benötigten Schichten. Hier können Sie sich auch direkt für eine Teilnahme anmelden. Hierbei bitte das Land „Rheinland-Pfalz“ auswählen und Ihre Daten in das Formular eingeben. Bei der letzten Frage des Onlinefragebogens bitte „Durch eine andere Informationsquelle“ auswählen und das Formular absenden. Sie können die Teilnahme-Unterlagen aber auch bei uns anfordern.

Sollten Sie für die Befragung ausgewählt werden, erhalten Sie ab Dezember die Erhebungsunterlagen per Post zugesandt; zunächst jeweils einen Erhebungsbogen für die „Allgemeinen Angaben“ zu Ihrem Haushalt sowie zu Ihrem „Geld- und Sachvermögen“. Außerdem werden wir Sie bitten, in 2018 in einem Quartal ein „Haushaltsbuch“ über die Einnahmen und Ausgaben Ihres Haushalts zu führen. Jeder fünfte Haushalt soll zudem für einen Monat die genauen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (NGT) notieren.

Als kleine Entschädigung erhalten Sie nach Rücksendung aller korrekt ausgefüllten Unterlagen eine **Prämie in Höhe von 100 Euro, bei NGT-Teilnahme 127 Euro**.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Herr Winfried Kahl

Telefon: 0800 387 2003 (kostenlos)

Telefax: 02603 71-194960

E-Mail: haushaltserhebungen@statistik.rlp.de